

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachen 30 Pf.

Von der Cholera.

Berlin, 28. September. In das Krankenhaus zu Moabit ist gestern Nachmittag der Vater des an der Cholera erkrankten Schiffers Gladow zur Beobachtung eingeliefert worden, er ist aber vorläufig noch gesund. Das Befinden der Krankenschwesterin Wohlfahrt hat sich in den letzten Tagen derartig gebessert, daß sie heute entlassen werden kann. Ferner werden heute die Mitglieder der Schifferfamilie, auf deren Kahn der an der Cholera verlebende Schiffer Jarocki erkrankt war, nach genügender langer Beobachtung als gesund entlassen. Den Cholerakranken geht es allen gut, nur die Frau Baberski giebt noch zu Besorgnissen Anlaß. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden drei choleraverdächtige Kranke eingeliefert, in allen drei Fällen liegt jedoch einfacher Brechdurchfall vor.

Ein sonst als zuverlässig bewährter Berichtsersteller schreibt dem „B. V. C.“: „Zum Stande der Cholera lauten die Nachrichten aus Charlottenburg ungünstiger. Von vorgestern auf gestern sind daselbst im Ganzen sieben Fälle asiatischer Cholera festgestellt worden. Von den betroffenen Personen werden zwölf in ihren Wohnungen, fünf im Barackenlazarett behandelt. Die übrigen von zukünftiger Stelle verläßt, sind sämtliche Erkrankungsfälle nur sehr leichter Natur.“ Wir haben auf diese Nachricht hin selbst Erkundigungen einzeln lassen, und unser Berichtsersteller hat, soweit ihm das bei der späten Nachtstunde möglich war, festgestellt, daß es sich nur um zwei Fälle von asiatischer Cholera handelt, in den übrigen Fällen aber nur mehr oder weniger schwere Brechdurchfälle vorliegen. Eine baldige amtliche Erklärung ist jedoch dringend erforderlich.

Hamburg, 27. September. Der Senat hat in seiner Montagssitzung einige Beschlüsse gefaßt, die den Vorkehrungen des Reichs und seiner Einzelstaaten gegen Weiterverbreitung der Cholera Unterbreitung gewähren:

Die Bewohner Hamburgs, welche Baaren oder andere Gegenstände in Postpaketen oder mit der Eisenbahn oder auf anderen Wegen von hier aus versenden, werden darauf aufmerksam gemacht, daß es ihre unbedingte Pflicht ist, die zur Verhütung der Weiterverbreitung der Cholera in den deutschen Bundesstaaten erlassenen Einfuhrverbote nicht nur selbst auf das gewissenhafteste zu beobachten, sondern namentlich auch dafür Sorge zu tragen, daß das mit der Verpackung und Deklaration der Sendungen beauftragte Personal mit den Einfuhrverböten und den von den zuständigen Stellen für die Warenversendung erlassenen Deklarationsvorschriften genau bekannt gemacht und an jeder Verletzung dieser Vorschriften wirksam verhindert werde. Wer mittels unwahrer Inhaltsangabe oder durch die auf dem Frachtbrief oder sonst abgegebene unwahre Erklärung, „daß dem Einfuhrverbot unterliegenden Gegenstände sich nicht unter den aufgegebenen Gütern befinden“, die angeordneten Aufnahmemaßregeln wissentlich verletzt, wird nach § 327 des Strafgesetzbuchs mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Für die Verwirrung, welche in Hamburg während der Tage des großen Sterbens ungenügende Kontrolle bei der Führung der Zivilstands-Register angerichtet hat, giebt ein Korrespondent der „Vast. Nachr.“ folgende Beispiele: „Eine Familie ist erkrankt. Mann und Frau wurden nach Eppendorf gebracht, deren drei Kinder nach dem alten allgemeinen Krankenhaus. Die Eltern starben und wurden beerdigt (nach der Zivilstandskontrolle). Nach 8 Tagen aber wurden beide als geheilt entlassen, kamen nach der leeren Wohnung, erlitten den Sachverhalt, bekamen aber vom Beerdigungs-Unternehmer auch die eigenen Sterbefunken und Nummern ausgehändigt, unter welchen die beiden Leiden auf dem Friedhofe in Eppendorf beigesetzt seien. Hierauf geht der Mann nach dem Aufnahmestort seiner Kinder. Im Bureau wird erklärt, alle drei befinden sich auf dem Wege der Besserung. Der Vater verlangt die Kinder zu sehen, dem Verlangen wird stattgegeben und da stellt sich heraus, daß zwei der Kinder bereits gestorben und beerdigt, das dritte wirklich besser ist. Ein zweiter Fall. Eine wohnsituierte Ladenbesitzerin stirbt dort (nach der Kontrolle) und der Mann erhebt in zwei Sterbefunken das Sterbegeld und läßt die Frau auf eigene Kosten beerdigen. Nach vier Tagen kommt eine Postkarte von der Frau mit der Mitteilung, daß sie sich auf dem Wege der Besserung befinde und in einigen Tagen entlassen werde, was auch richtig eingetroffen ist. Wer ist nun an Stelle der Frau beerdigt und wer hat das zu Unrecht erhobene Sterbegeld wieder zurückverlangt? Nach dem Zivilstand ist die Frau tot und beerdigt und doch lebt sie.“

Hamburg, 27. September. Alle feierwärt bestimmten Seeschiffe, alle dem Frachtverkehr auf der Untersee von Altona bis zur Elbmündung dienenden, sowie den Maritimer vermittelnden, nicht bauernd bemanneten Fahrzeuge sind durch eine Ministerialverfügung von dem während der Cholerazeit erlassenen Verbot des Nachtverkehrs ausgeschlossen worden.

Die Deutschen in Mexiko sandten den Hamburgischen Notblenden 1000 Mark.

Im Osten kamen wieder verschiedene Cholerafälle vor, nachdem in der letzten Zeit diese Gegend von der Seuche verschont geblieben war.

Die jetzige Epidemie hat bewiesen, daß eine Eisenbahnverbindung Hamburg-Dresden dringend notwendig ist. Eine an den Senat gerichtete Petition, so schnell als möglich eine solche anzulegen, findet daher Tausende von Unterschriften.

Die königliche Bibliothek in Berlin, welche auswärtigen Gelehrten gegen Bürgschaftsschein Bücher zu schenken pflegt, hat die Zustimmung nach Hamburg wegen der Einschleppungsgefahr einstweilen sistiert.

Der Großherzog von Oldenburg hat für die Notleidenden 1000 Mark gespendet.

Hamburg, 27. September. (W. T. B.) Der Senat hat in einem dringlichen Antrag der Bürgerchaft vorgefchlagen, beide Verordnungen in Betreff der Anmeldepflicht cholerakrank Erkrankten und betreffend die vorchriftsmäßige regelmäßige Reinigung der Wasserläufe seitens der Grundeigentümer zum Gesetz zu erheben.

Viele abessinische Brunnen sind bereits fertig gestellt.

Das Sammelergesult für die Notleidenden Hamburgs beträgt bisher 2 Millionen, für Altona 100,000 Mark.

Amsterdam, 27. September. Im Haag ist ein Cholera-Todesfall, in Maarsse van Weert, in Utrecht, Alfen am Rijn und Zwammerdam je ein Todesfall, in Goudswaard zwei Todesfälle vorgekommen.

Petersburg, 25. September. Die täglichen Listen über die im Reich an der Cholera erkrankten, beziehungsweise verstorbenen Personen werden eher länger als kürzer und füllen häufig in dem „Reichsanz.“ ganze Spalten. Namentlich ist der Norden, Osten, Süden und das Innere Russlands von der Seuche mehr oder minder ergriffen und täglich sind in den Listen neue Städte- und Ortsnamen zu lesen. Nur der Westen zeigt einige bisher noch verschont gebliebene Theile, vor allem an Deutschland angrenzenden Nordwestdistrikt. Es ist das Land des ehemaligen Samogitien und Litthauens, welches von den Rienen und der Wilja sowie deren Nebenflüssen durchströmt wird. In dem heutigen Rußland heißt dieses ganze Gebiet das Generalgouvernement Wilna, welches außer dem gleichnamigen Gouvernement auch noch die Gouvernements Kovno, Grodno, Minsk, Witebsk und Mohilew umfaßt. Aus diesem umfangreichen und stark bevölkerten Landestheil ist bisher noch kein einziger Cholerakrank gemeldet worden, was um so mehr beachtenswerth erscheint, als dieses Gebiet von der Petersburger-Warschauer Eisenbahn befaßt wird und in stetem Verkehr mit dem verheerenden Pestereich steht. Da die sanitären und die sonstigen Reinlichkeitsverhältnisse jener Gegenden keineswegs die besten sind, so bleibt es vorläufig unerklärlich, was diesen Landestheil vor der Seuche bewahrt. Man hat es hier mit einer der zahlreichen eigenartigen Erklärungen zu thun, welche die gegenwärtige Choleraepidemie in Rußland zu Tage gefördert hat und von denen selbst die hervorragendsten Aerzte und Hygieniker Russlands sagen, daß sie vor dieser Erscheinung stehen wie vor einem Naturräthsel, das zu lösen sie vorläufig nicht im Stande seien, da gerade der in Rede stehende Landestheil der Choleraepidemie am meisten ausgesetzt erscheint.

Newyork, 27. September. (W. T. B.) Unter den Zwischenbed-Passagieren der „Bohemia“ sind neuerdings noch zwei Personen an Cholera erkrankt.

Deutschland.

Berlin, 28. September. Bei den Stadtverordneten-Ergänzungswahlen am gestrigen Tage haben die Sozialdemokraten in allen drei Bezirken, die sie bis jetzt vertreten haben, ihre Mandate behauptet.

Im 15. Wahlbezirk wurde der Schuhmachermeister Wegner (Soz.-Dem.) mit 843 Stimmen gewählt, während sein Gegenkandidat, Bezirksvorsteher Mertens (lib.) nur 584 Stimmen erhielt.

Im 25. Wahlbezirk erhielt die Majorität mit 718 Stimmen der Schankwirth Bernau (Soz.-Dem.), auf den Kandidaten der Liberalen, Vize-Obermeister Gemeinhardt, entfielen 183, auf Manninger (konf.) 143, auf Werner 3; sechs Stimmen, von denen 1 für Dr. Bachler abgegeben wurde, verpflitterten sich.

Im 26. Wahlbezirk endlich errang der Sozialdemokrat Tischler Bruns den Sieg mit 1636 Stimmen. Die Gegenkandidaten Max Schulz (lib.) erhielten 747, Dr. Bachler (konf.) 460 Stimmen.

Bekanntlich sind die Ueberschüsse der Einkommensteuer von rund 40 Millionen Mark jährlich dazu bestimmt, nach dem Austritt der gefamten Steuerreform für die Zwecke dieser Verwendung zu werden. Deshalb werden sie, so weit sie in der Zwischenzeit eingeht, also längstens für drei Jahre, angesammelt, was am 1. April 1895 einen Fonds von 120 Millionen Mark ergeben wird. Es besteht die Absicht, die Zinsen dieses Fonds — er selbst würde dann die Aufnahme eines entsprechenden Anleihebetrags überflüssig machen — zu Verweilen für das Schulwesen zu verwenden. Doch scheint es uns mißverständlich, wenn die „Kreuzzeitung“ darin die Absicht von Klagen erblicken will, des Inhalts, daß die Erleichterung der Kommunallasten in denjenigen Landestheilen sich nicht wirksam genug erweisen würde, wo die Schullasten nicht von den Gemeinden, sondern von besonderen Verbänden getragen werden. Dies ist eine Frage der Organisation, keineswegs immer eine solche der Bedürftigkeit; und sie wird unseres Erachtens um so mehr im Kommunalsteuergezet gelöst werden müssen, da auch andere, ihrer Natur nach kommunale Lasten in manchen Landestheilen von besonderen Verbänden getragen werden, z. B. Reichslisten. Bei der Bestimmung des Verhältnisses, in welchem die verschiedenen kommunalen Aufwendungen durch Real- und durch Personalsteuern zu decken sind, müssen diese Einrichtungen mit berücksichtigt werden.

Durch frühere Beschlüsse des Bundesraths sind die Formulare für die von den Gemeinden und Krankenkassen im Vollzuge des Krankenversicherungsgezet und des Hilfskassengezet zu liefernden Uebersichten und Rechnungsabschlüsse vorgeschrieben, sowie Vorschriften über die Rechnungsführung der Krankenkassen aufgestellt worden. Diese Bestimmungen bedürfen in Folge der Änderungen, welche das Krankenversicherungsgesetz durch die in der vorigen Session des Reichstags beschlossene Novelle erfahren hat, mehrfacher Änderungen und Ergänzungen. Der Reichsanwalt hat daher dem Bundesrath Entwurfe zugehen lassen 1) neuer Formulare für die nach Maßgabe des § 79 des Krankenversicherungsgezet und des § 27 des Hilfskassengezet zu liefernden Nachweisungen; und 2) neuer Vorschriften über die Rechnungsführung der Krankenkassen.

Bekanntlich sind unlängst Nachrichten aufgetaucht, wonach die rumänische Regierung bei der österreichischen Waffenfabrik in Steyer eine große Anzahl Gewehre bestellt habe oder demnächst bestellen werde. Wiewohl nun diese Nachricht bisher keine Bestätigung erfahren hat, bringen oppositionelle rumänische Blätter die Auslieferung der rumänischen Regierung 120,000 Mannlicher-Gewehre gekauft hätte, welche die österreichische Regierung zurückgewiesen habe. Wie nun aus Bukarest berichtet wird, ist diese ganze Erzählung vollständig unwahr und können sich die bezüglichen Meldungen nur darauf beziehen, daß

vor vielen Jahren rumänischerseits 5000 Stück Martini-Gewehre in Oesterreich gekauft worden sind, wegen deren ungenügender Beschaffenheit daselbst eine Kommission nach Wien geschickt worden ist. In neuerer Zeit ist ein Ankauf von Gewehren rumänischerseits in Oesterreich nicht erfolgt.

Zur Militärvorlage schreibt die „Konf. Corr.“:

Im gegnerischen Lager zerbricht man sich schon jetzt über die zu erwartende Stellungnahme der Konfessionen zu der angekündigten Militärvorlage den Kopf. Die Grundzüge, nach denen konfessionslos in Militärfragen gehandelt wird, sind indessen kein Geheimniß. Die Konfessionen prüfen mit gebührender Rücksichtnahme auf die maßgebenden Gutachten der militärischen Berater S. Majestät des Kaisers und Königs, sowie auf die Entscheidung des obersten Kriegsherrn die je demalige Forderung. Maßgebend ist ihnen hierbei ein für allemal in erster Linie die Sicherheit unseres Vaterlandes, die auf einer ungeschwächten und achtunggebietenden Wehrkraft beruht, und das Wohl der deutschen Bevölkerung, die nur dann beruhigt ihrer friedlichen Beschäftigung nachzugehen vermag, wenn sie vor Ueberraschungen aus der inländischen Friedensstörung durch eine kriegsbereite Heeresmacht geschützt ist. In diesem Sinne wird die konfessionelle Fraktion auch diesmal in die Prüfung der angekündigten Vorlage eintreten; es muß also abgesehen werden, heute schon lediglich auf Grund unautorisierter Mittheilungen über Einzelheiten ein Urtheil abzugeben. Es wird an der Zeit sein, Stellung zu der in Rede stehenden Militärvorlage zu nehmen, sobald deren Inhalt nicht Begründung amtlich bekannt gegeben sein wird.

Auswärtigen Blättern wird geschrieben, der Kaiser habe die Ruine Kronberg der Kaiserin Friedrich zum Geschenk gemacht. Um zu verhehlen, daß mit der Zeit an dem Berge um die Ruine eine für das Schloß Friedrichshof „nicht erwünschte Nachbarschaft“ entstände, hat die Kaiserin Friedrich den Wunsch ausgedrückt, die Ruine Kronberg käuflich zu erwerben. Der Kaiser kam diesem Wunsch der Mutter zuvor. Vergangene Weihnachten fand die Kaiserin Friedrich auf ihrem Weihnachtsfest ein Dokument, die Schenkungsurkunde über die Ruine Kronberg, als Weihnachtsbescherung. Die eigentliche Uebergabe des Geschenkes an die Kaiserin Friedrich hat vor kurzem stattgefunden.

In der Reichsbank fand gestern Vormittag um 10 Uhr eine Sitzung des Zentralausschusses statt. Der Vorsitzende, Präsident des Reichsbank-Direktoriums Dr. Koch, leitete die an der Tagesordnung stehenden Angelegenheiten, aus welchen hervorging, daß die Anlage im Wechsel- und Lombardverkehr, der herrschenden Geschäftslage entsprechend, nicht wie in den Jahren 1890 und 1889 seit Mitte Juli gewachsen, sondern wie im Jahre 1891 gefallen ist. Ungeachtet dieses beträgt die noch 18 Millionen mehr als im Vorjahre und 153 Millionen mehr als 1888. Immerhin ist bemerkenswerth, daß das Metall und namentlich auch das Gold sich, wenn auch nicht in dem Maße wie in den Jahren 1888, 1889 und 1890, vermindert hat. Der Metallvorrath im Ganzen ist um 12 Millionen größer als um dieselbe Zeit des Vorjahres. Die fremden Gelder sind ebenfalls noch um ca. 15 Millionen höher als 1891, obwohl sie seit Mitte Juli um 140 Millionen zurückgegangen sind. Die Ueberdeckung der Banknoten, welche seitdem ununterbrochen herrscht, hat sich etwas vermindert; sie ist um einige Millionen geringer als 1891 und 1888, während 1890 und 1889 nicht alle umlaufenden Banknoten voll durch Metall gedeckt waren. Zu einer Zinsfußänderung liegt, wie der Vorsitzende unter allseitiger Zustimmung bemerkte, keine Veranlassung vor. Nach der Erledigung dieses Gegenstandes wurden noch die Schuldverschreibungen einiger Städte zur Beilegung im Lombardverkehr empfohlen und von keiner Seite etwas dagegen erinnert.

Nach der „Magd. Ztg.“ und dem „Hann. Kur.“ bringt nunmehr die „Köln. Ztg.“ eine dritte Lesart über den Stand der Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland, die wesentlich ungenügender lautet, als die früheren beiden. Dem rheinischen Blatte wird geschrieben:

Die von mehreren Zeitungen gebrachte Nachricht, die Verhandlungen zwischen der preussischen Regierung und dem Herzog von Cumberland seien in der Hauptsache als erledigt anzusehen und hätten für die Provinz Hannover einen befriedigenden Verlauf genommen, trifft nicht zu. Der Herzog sieht die königliche Bibliothek als zu dem kaiserlichen Privatvermögen gehörig an, was nicht zutrifft, da ein großer Theil derselben nicht aus den Privatmitteln des Königs beschafft worden ist. Auch Kunst- und Alterthumsammlungen haben ohne Zututh des Königs Zuwendungen erhalten, welche nicht den Zweck hatten, die Sammlung des Königs zu bereichern. Wenn die Sammlungen aus der Provinz Hannover entfernt werden sollten, würde manche Zuwendung wieder zurückgezogen werden können. Hierauf nimmt der Herzog von Cumberland zu wenig Rücksicht; nur er will die Sammlungen unter Bedingungen in Hannover belassen, welche die preussische Regierung nicht geneigt sein kann, anzunehmen.

Die „Magd. Ztg.“ schreibt: Die Wahl eines Jesuitengenerals ist dieses Mal besonders wichtig. Seit fast vier Jahrzehnten ist es wieder die erste; damals, 1853, wurde der „deutsche“ P. Vetz gewählt, der seiner Zeit an dem damaligen Reichthum des Katholizismus des Herzogs Ferdinand von Anhalt-Röthen und dessen Gemahlin, geborenen Gräfin Julie Brandenburg und Halbschwester von König Friedrich Wilhelm III., bewerkstelligt hatte. P. Vetz ernannte dann den Schweizer P. Anderle zu seinem Adjutor mit dem Rechte der Nachfolge; eine Wahl hat also nach seinem Tode nicht stattgefunden gehabt. Wie früher erwähnt, ist jetzt zum ersten Mal dem spanischen P. Martins die Rede, doch spiegelt sich die französischen Freundschaft des Papstes auch in Gerüchten über eine französische Kandidatur ab. Demnach wird dabei, daß seit der Stiftung durch Ignaz Loyola das Ordens-Generalat außer von Spaniern und Italienern auch von Angehörigen der verschiedenen anderen europäischen Nationen, niemals aber von einem Franzosen bekleidet gewesen ist, eine um so überraschendere Erscheinung, als wenigstens seit dem Uebertritt Heinrichs IV. die Jesuiten Menschenalter hindurch die französische Politik gegen Spanien unterstützt und zu

dem Siege Frankreichs über jene Monarchie nothwendig erheblich beigetragen haben; angeblich soll bekanntlich sogar Ludwig XIV. selbst Angehöriger des Ordens gewesen sein. Eine unparteiische Geschichte dieser Verhältnisse ist noch nicht geschrieben worden und wird wohl schwerlich jemals geschrieben werden können. Was unter dem französischen Politik des jetzigen Papstes betrifft, so hat sie wieder aus Frankreich selber einen empfindlichen Schlag erhalten; im Budget-Ausschuß der Deputirtenkammer hat als Berichterstatter für den Kultussetal Herr Dupuy-Dutemps den Vorschlag sämtlicher nicht konfessionsgemäßer Bischöfe bewogen, der durch sie verursachten Ausgaben beantragte, was gerade 30 Bischofämter ausmacht. Die Hoffnung, im Kammerplanum diesen Vorschlag rückgängig zu machen, ist nur sehr gering; umstimmen wird aber auch wohl dieser Schlag die französischen Sympathien des Papstes nicht, dem die volle Aussicht auf die weltliche Papstgewalt über jede kirchliche Rücksicht geht. Dies zeigt sich auch in dem hartnäckig festgehaltenen Verbot für die italienischen Klerikalen, sich an den politischen Wahlen ihres Landes zu betheiligen.

Hamburg, 27. September. (W. T. B.) Unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsraths Dr. Martin hat heute eine Sitzung von Vertretern der ersten Bank- und Handelsfirmen hier stattgefunden, in welcher die Gründung einer Vorhause für kleine Geschäftsteile und Gewerbetreibenden beschlossen wurde. Demnach soll den Zeichnungen für den Garantiefonds stattfinden. Die neue Sparkasse hat bereits 200,000 Mark in Aussicht gestellt. Zum Vorsitzenden der Gesellschaft wurde Dr. Martin, zu Stellvertretern wurden Hugo Brandt und Rudolf Möring gewählt. Dr. Wöstenberg und Moritz Melchior werden die Funktionen der Schriftführer übernehmen.

Leipzig, 27. September. Nach Ablauf der Gerichtssession hat das Reichsgericht bei teilweise verändertem Personalstande seine Geschäfte wieder aufgenommen. Die Reichsgerichtsräthe Schwarz und Vetsch, der eine ein preussischer, der andere ein sächsischer Landesangehöriger und beide Mitglieder des dritten Strafsenats, haben ihre Pensionierung erbeten und erhalten. An ihre Stelle sind ernannt der preussische Oberlandesgerichtsrath Ziegler in Breslau und der sächsische Oberlandesgerichtsrath Wislaff in Dresden. Mit dem 1. November d. J. tritt der „Frankf. Ztg.“ zufolge auch Reichsgerichtsrath Hande außer Dienst, dessen Nachfolger noch nicht ernannt ist. In die Reichsanwaltschaft ist neu eingetreten der bisherige erste Staatsanwalt Schumann in Hamburg; er vertritt die staatsanwaltlichen Geschäfte im dritten Strafsenat an Stelle des nunmehrigen Reichsgerichtsraths Vippmann. Im Kollegium der Reichsanwälte des Reichsgerichts ist in letzter Zeit keine Veränderung vorgekommen. Im 1. kommenden Monats sind es 13 Jahre, daß das Reichsgericht als oberster deutscher Gerichtshof seines Amtes waldet. Zur Feier dieses Geburtstages wird alljährlich in den Sälen des preussischen Hofes eine feierliche Zusammenkunft abgehalten, welche von den Richtern und Anwälten des Gerichtshofes zahlreich besucht zu werden pflegt.

München, 27. September. Im bayerischen Heere hat ein bedeutendes Avancement in den höheren Stellen, welches durch den Tod des Kommandeurs der 1. Division, Generalleutenants von Helbig veranlaßt ist, stattgefunden. Bei diesem Avancement, aus dem wir Einzelheiten bereits berichtet haben, ist ein Oberstlieutenant der Kavallerie Freyzer von Schach auf Schönbühl unter Beförderung zum Oberst endgültig zum Kommandeur der 1. Kavalleriebrigade, die er schon seit einiger Zeit vertretungsweise führte, ernannt worden. Die Kavallerie ist hiernach bezüglich der Beförderung der höheren Kommandostellen gerade um eine Charge hinter der Infanterie, welche für die Beförderung in höhere Chargen maßgebend ist, zurückgeblieben.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 27. September. (W. T. B.) Landtag. Der von dem Abgeordneten Julius Gregor namens der Junggeheuer heute eingebrachte Abrechnung ist der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung überwiesen worden. In demselben wird der Reichstagen der Verfassung befristet und die Reaktivierung des böhmischen Staatsrechtes gefördert. Ferner wird unter Anlagen gegen die Deutschen und Beschwerden gegen die Regierung der Ausgleich verworfen und die Selbstverwaltung sowie die selbstständige Gesetzgebung Böhmens gefordert. Die Abgeordneten werden einen Gesandten entsenden, der die sprachliche Gleichberechtigung bei den öffentlichen Aemtern Böhmens einbringen.

Prag, 27. September. Der Klub der deutschen Landtagsabgeordneten Böhmens beschloß einstimmig eine neue Parteiorganisation nach Schreyfals und Pleners Vorschlägen und die Einsetzung eines ständigen Parteibureaus. Des Weiteren sagte der Klub ebenfalls einstimmig eine Resolution, welche das Festhalten an den Wiener Vereinbarungen betont und von der Regierung die Abgrenzung nationaler Bezirke noch in diesem Jahre erwartet. Angesichts der neuerlichen jugoslawischen Ansprüche auf ein böhmisches Staatsrecht erklärt der Klub nachdrücklich, an der Einheit des Staates und der Verfassung sowie der nationalen Zusammengehörigkeit aller Deutschen Oesterreichs unverbrüchlich festzuhalten.

Frankreich.

Paris, 27. September. (W. T. B.) Wie von unrichtiger Seite verlautet, hat der Minister des Auswärtigen, Ribot, den Prokurator der afrikanischen Missionen ersucht, ihm die Ergründung für die den „Weissen Vätern“ in Uganda zugefügten Schäden bekannt zu geben. Wie geheimer Diktum Englands würden alle Schritte, welche baldiger Erledigung dieser Angelegenheit, welche Ende Oktober in der Deputirtenkammer zur Erörterung kommt, getan werden. Der Papst soll den Wunsch ausgesprochen haben, daß der Streitfall wegen der Verhältnisse in Uganda, welcher die Religion und die Zivilisation schädigt, bald beigelegt werden möge.

Italien.

Rom, 27. September. (W. T. B.) Einem Privattelegramm aus Palermo zufolge sind in der letzten Nacht im Stadtbezirk Palermo 16 zum Theil unter Polizeiaufsicht stehende Individuen verhaftet worden. Man vermutet in denselben

die Urheber der in letzter Zeit vorgekommenen Diebstähle und Räubereien, sowie die Absender von Drohbrieffen.

Spanien und Portugal.

Lissabon, 27. September. Ein englischer Syndikat zur Ausbeutung der portugiesischen afrikanischen Kolonien bildete sich unter Beitritt portugiesischer Notabilitäten; dasselbe unterbreitete dem Finanz- und Kolonialministerium einen Entwurf zur Ausbeutung der Kolonien zum Zwecke der Hebung der portugiesischen Finanzen. Falls die Vorbesprechungen Erfolg versprechen, werden Verhandlungen des Finanzministers mit dem Syndikat folgen.

Großbritannien und Irland.

In Irland kann sich noch Manches ereignen, esse Gladstone seine Homerule-Bill durchsetzt, oder besser gesagt, nur einbringt. Die ihrer Stellen beraubten irischen Pächter werden der Regierung bald viel zu schaffen machen. An deutlicher Aussprache ihrer Stimmung fehlt es seit den letzten zwei Wochen nicht. In Cork hielten sie wieder am letzten Sonnabend eine Versammlung. Der Sekretär ihres Vereins, O'Connor, erklärte rundweg, es würde zum Bürgerkrieg in Irland kommen, wenn die Regierung nicht bald Fürsorge trafe, daß die ausgewiesenen Pächter wieder ihre Stellen bekämen. Rühme sonst nichts geschehen, so möge der Geheimrath 250,000 Pfund für 5000 ausgewiesene irische Pächter bewilligen. Sonst bliebe nichts übrig, als die irischen Abgeordneten aufzufordern, Gladstone nicht länger zu unterstützen. Bemerkenswerth war die Aeußerung O'Connors, die ausgewiesenen Pächter seihen mehr Vertrauen in John Morley, als in ihre eigenen Abgeordneten. Der Beschluß der Versammlung war eigentümlich: „Der Führer der Anti-Parnellites, John McCarthy, möge sich mit dem Führer der Parnellites, John Redmond, und dem Erzbischof Crooke beraten, damit gemeinsam der in Paris liegende irische Fond sofort zum Besten der ausgewiesenen Pächter verwendet werde.“

Der Dubliner Stadtrath hat sich nicht dazu entschließen können, dem neuen Bischof bei seinem feierlichen Einzug in die irische Hauptstadt eine Willkommensadresse zu überreichen. Thatsächlich bedeutet das wohl ein Mißtrauensvotum. Uebersetzen darf nicht werden, daß ein Theil der Parnellites in dem Stadtrath nicht mit der Mehrheit übereinstimmt. Das Organ der Parnellites, der „Independent“, geht allerdings die sichere Parteifrage und meint, daß die Entscheidung der Mehrheit die einzige mit der Selbstachtung vereinbare ist.

Die Arbeiter Liverpool und der umliegenden Grafschaften hielten 25-30,000 Mann stark am letzten Sonnabend einen Umzug. Die gefaßten Beschlüsse fordern die Parlamentsabgeordneten auf, dafür zu wirken, daß die Haftpflicht der Arbeitgeber verschärft, der Achtundneunzig für die Vergleiche eingeführt, der Einwanderung ausländischer Paupers Einhalt getan und die Zahl der Fabrikinspektoren vermehrt würde. Das Nothwendigste sei, die 9,000,000 Markgewerbesteuer in den Verband der Gewerkevereine aufzunehmen. Die letzteren zählen nämlich bisher immerhin nur 2,000,000 Mitglieder.

Rußland.

Petersburg, 27. September. (W. T. B.) Wie aus Nowosibirsk am Don gemeldet wird, wurde in der Nacht zum Montag auf der Station K. Nowosibirsk der Wladikawkas-Eisenbahn ein na Nowosibirsk durchpassender Zug von einer 15 Mann starken bewaffneten Bande überfallen und beraubt. Nachdem die Räuber das Stations- und Zugpersonal überwältigt hatten, warfen sie sich auf den im Zuge befindlichen Rassenwagen der Eisenbahn, verwundeten denselben tödtlich und raubten ihm etwa 5000 Rubel. Der Rassenwagen erlag bald darauf seinen Wunden. In dem Kampfe, welcher sich entspann, wurden auch der zweite Maschinenist und ein Techniker der Bahn verwundet.

Dorpat, 27. September. Wegen ungenügender Einweisung von Mischgen verurtheilte das Bezirksgericht den lutherischen Prediger Pastor Dürdard Sperling aus Odenpach zur Entziehung der geistlichen Würde.

Odesa, 27. September. Der bekannte hiesige Finanzier Nafalowski ist zur Dienstleistung im Finanzministerium nach Petersburg berufen worden, um demnach die Funktionen eines Vertreters des russischen Finanzministeriums in Berlin zu übernehmen.

Serbien.

In Serbien wird der Kampf um die Macht zwischen den Radikalen und den Liberalen bereits mit den Waffen in der Hand geführt. Nach den Vorfällen in Trstenje und Sandischegowatz sind die Radikalen auch in Belgrad selbst zur offenen Gewalt geschritten. Es wird der „Vost. Ztg.“ gemeldet:

Belgrad, 27. September. Eine gestern hier stattgehabte kleinere Wählerversammlung wurde von bewaffneten verkleideten Zivilisten gesprengt. Wie sich heute herausstellt, waren die Einbringlinge sächsische Genarmen unter Führung ihres Chefs. Beim Handgemenge wurden mehrere Personen verwundet. Dem Vernehmen nach wird der Minister des Innern in Folge dessen den radikalen Belgrader Gemeinderath auflösen, da der Angriff seiner Organe nur auf Anweisung der sächsischen Vorgesetzten erfolgt sein dürfte.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 28. September. Ein Cholerakrank ist am Montag für Stettin und Kreis Randow nicht gemeldet.

In Swinemünde ist, wie das vorige „Kreis-Blatt“ schreibt, der seit Sonntag, den 18. d. Mts., in der Cholerabarade am Dockbasin unter ärztlicher Beobachtung gehaltene Bootsmann des Rahnsschiffers Theileisen aus Sachsenhausen, nachdem der definitive Befund der bakteriologischen Untersuchung die harmlose Natur der Erkrankung des jungen Menschen mit Sicherheit ergeben hat, aus der Quarantäne entlassen worden. Unter der ihm zu Theil gewordenen guten Pflege hat sich der Bootsmann vollständig von dem cholerischen Anfall erholt. Der Kahn des Schiffers Theileisen ist nach vorher stattgehabter Desinfizierung schon am Sonntag freigegeben worden.

